

Jung ...

... und arbeitslos

Jugendarbeitslosigkeit in der EU: 16,2 %

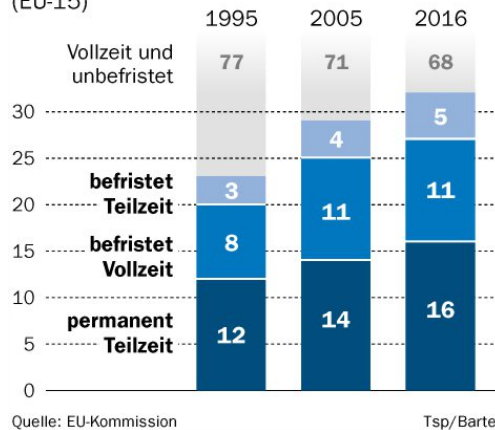
Griechenland: 39 %, Spanien: 38 %, Italien: 33 % (EU-Zahlen)

... oder befristet angestellt
(1/3 der Beschäftigten)

... und höchst flexibel (H & M, Deliveroo ... – s. <https://arbeitsunrecht.de>)

Jugend in der Sackgasse

Anteil der Beschäftigten im Alter von 15 bis 39 Jahren nach Art des Arbeitsvertrags in Prozent (EU-15)



Alt ...

... aber die Rente reicht für ein würdiges Leben nicht aus

Krank ...

... aber nicht ausreichend versorgt

(1) <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/sonntag/arbeitsmarkt-europas-neue-reservearmee/20301470-all.html>

(2) https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/Kleine_Anfrage_18-13484_-_Antwort.pdf

(3) <https://www.boeckler.de>

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen (...).“
(Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, Art. 25 Abs. 1)

Wir treten ein für:

- deutliche Erhöhung des Mindestlohnes
- Arbeitszeitverkürzung
 - unbefristete Arbeitsverträge
 - statt Hartz IV: ausreichende Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter
- Menschenwürde auch für Arbeitslose
 - gute Gesundheitsversorgung

Aktionsgruppe gegen Hartz IV und prekäre Arbeit

Nächste Treffen: 16.11. und 14.12.
19 Uhr

Ort: Attac-Büro in der Werkstatt 3 in Altona,
1. Stock, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Kontakt über hamburg@attac.de

Gutes Leben für alle statt Überfluss für wenige



Arbeiten – für wen, wofür, wie?

Prekäre Arbeit ohne Tarifvertrag, Niedriglöhne, „Teilzeit-Falle“, Arbeitsverdichtung und Dauerstress sind für Millionen Beschäftigte zur Normalität geworden.

In Europa:

- Zig Millionen EU-Bürger müssen sich mit unsicheren und gering entlohnten Jobs durchschlagen, die ihnen keine Lebensperspektive bieten
- **Vier von fünf neuen Jobs sind Teilzeitstellen oder befristet und meist niedrig entlohnt.** (1)

In Deutschland:

- 2016 lebten 4,8 Millionen Menschen ausschließlich von **Minijobs**
- 1,5 Millionen arbeiten unfreiwillig in **Teilzeit**, rund eine Million sind **Leiharbeiter** und mehr als zwei Millionen **Solo-selbstständige**, von denen die meisten nicht genug Aufträge und Einkommen haben
- Das **Realeinkommen** der unteren 40 % der Lohnbezieher ist geringer als 20 Jahre zuvor
- 2,65 Millionen sind nur **befristet** Beschäftigte. (1, 2)

Schluss mit prekärer Arbeit

Wir treten ein für:

- eine deutliche Erhöhung des Mindestlohnes
- unbefristete Arbeitsverträge
- Arbeit fair teilen: kürzer arbeiten ohne Einkommenseinbußen – besser leben

Weltweit:

42 Reiche besitzen so viel wie
3,7 Milliarden Arme (Oxfam)

Deutschland:

30 Milliarden Euro Dividende
für eine Handvoll Aktionäre
Die wohlhabendsten Haushalte
– **1 %** – besitzen **24 %** des
Gesamtvermögens (3)

Zur Durchsetzung prekärer Arbeit dienen die **ALG-2-Regelungen** (Teil der „**Agenda 2010**“): Arbeitslose erhalten nicht mehr eine nach ihrem früheren Einkommen bemessene, **sondern eine nicht mal existenzsichernde Unterstützung.**

Mehr noch: Unter Androhung der menschenrechtswidrigen Kürzung oder sogar Streichung der Zahlungen (**Sanktionen**) werden Menschen dazu gezwungen, Jobs zu „jedem Preis“ anzunehmen.

Bewusst wird in Deutschland die **Ausweitung des Niedriglohnsektors** betrieben, um innerhalb Europas die Stellung als Exportweltmeister zu erhalten, was die übrigen europäischen Länder wirtschaftlich extrem unter Druck setzt.

Wo die Verteilung von unten nach oben als unausweichlich dargestellt wird, entsteht ein gesellschaftliches Klima der Angst, der Ausgrenzung und der Konkurrenz. Rechtsextreme Haltungen werden attraktiv. „**Die Agenda 2010 war ein Nährboden für den Rechtspopulismus**“ (Ch. Butterwegge, [Die Zeit](#), 10.2.2017)

Arme Menschen

**nicht gegeneinander ausspielen.
Sozialleistungen endlich erhöhen.**

„Es ist ein Skandal, dass die politisch Verantwortlichen das seit Jahren bestehende gravierende **Armutproblem** verharmlosen und keine Maßnahmen zur Lösung einleiten. (...)“

Die Zahl derer, bei denen Einkommen und Sozialleistungen nicht im Mindesten ausreichen, um Armut zu verhindern, wird zunehmend größer. Es betrifft Wohnungslose, in Altersarmut Lebende, prekär Beschäftigte, Alleinerziehende, Erwerbslose und Geflüchtete.

(...) Die **Regelsätze** in Deutschland sind zu gering bemessen, um grundlegende Bedürfnisse abzudecken. Für Ein-Personen-Haushalte und Alleinerziehende sieht der Hartz IV-Regelsatz täglich **4,77 Euro** für Essen und alkoholfreie Getränke vor. Für **Kinder** im Alter unter sechs Jahren sind **2,77 Euro** vorgesehen, für Kinder von sechs bis 14 Jahren **3,93 Euro**.

(...) Die Ehrenamtlichen der Tafeln vor Ort dürfen nicht länger dazu dienen, armuts-politisches Unterlassen auszugleichen. Die Sicherung des Existenzminimums ist Aufgabe des Sozialstaates und nicht privater Initiativen und ehrenamtlichen Engagements.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Regelsätze in Hartz IV und der Sozialhilfe auf ein bedarfsgerechtes und existenzsicherndes Niveau anzuheben. Dies muss **auch** für die Leistungen für **Geflüchtete** gelten, die bisher sogar noch niedriger sind.

Sozialleistungen müssen nicht nur das nackte Überleben, sondern auch ein Mindestmaß an Teilhabe ermöglichen.“

(Von **459 Organisationen** unterschrieben, u. a. vom DGB – <http://www.der-paritaetische.de/aufruf/>)